

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Klee.

II. Jahrgang.

Berlin, Montag, den 12. März 1883.

N<sup>o</sup> 30.

## Die Etatsberathung.

Das Abgeordnetenhaus hat am Donnerstag die Berathung des Staatshaushaltsetats für 1883/84 beendigt; derselbe ist jetzt dem Herrenhaus zu weiterer Berathung übergeben worden.

Auch diesmal drehten sich die Verhandlungen — abgesehen davon, daß fast jede Position zur Geltendmachung besonderer Wünsche und Ansichten benutzt wurde — vornehmlich um wirtschaftliche und kirchenpolitische Fragen.

In ersterer Beziehung kann mit Genugthuung betont werden, daß das Abgeordnetenhaus in seiner überwiegenden Mehrheit die segensreichen Folgen der Wirtschafts- und besonders der Eisenbahnpolitik anerkannt und auch auf dem Gebiete der Steuerpolitik sich den Grundsätzen der Regierung insofern genähert hat, als sie die Entlastung der untersten Klassen von direkten Steuern für nothwendig erklärt und in diesem Sinne auch Beschlüsse gefaßt hat. Gleichwohl hat es nicht an Versuchen von freihändlerischer Seite gefehlt, die wirtschaftliche Gesetzgebung als dem Staate nachtheilig darzustellen und die Befolgung anderer Wege zu empfehlen. Man darf diese Versuche nicht geringschätzig beurtheilen: immer und immer wiederkehrende Behauptungen, so wenig sie auch mit Beweisen versehen sind, können doch schließlich zur Folge haben, daß sie geglaubt und als baare Münze genommen werden. So fest aber ist die Ueberzeugung von der Verkehrtheit der freihändlerischen Grundsätze noch nicht, daß nicht hin und wieder Zugeständnisse an dieselben gemacht werden. Wenn selbst in regierungsfreundlichen Kreisen hier und da noch in das Lied der Freihändler von dem Nachtheil der Lebensmittelzölle und der indirekten Abgaben für die untersten Klassen eingestimmt wird, so ist dies der beste Beweis dafür, daß die Grundsätze des Manchesterthums in Folge ihrer langen Herrschaft noch Einfluß genug besitzen. In freihändlerischen Kreisen versteht man jene Grundsätze rein zu erhalten und gegen alle Angriffe zu vertheidigen. In den Kreisen, welche die neue Wirtschaftspolitik unterstützen, läßt man sich aber gar zu oft von des Gedankens Blässe ankränkeln und wohl auch durch andere politische Ziele dazu verleiten, Zugeständnisse an die Auffassungen des Gegners zu machen und diese selbst hierdurch zu ermuthigen und zu stärken.

Die Ablehnung der Kosten für den Volkswirtschaftsrath hat gezeigt, daß gewisse Parteien nicht davor zurückschrecken, den wirtschaftlichen Gegnern in die Hände zu arbeiten. Zwar wurden hierfür rein politische Beweggründe zur Geltung gebracht, — aber daß dies geschieht, ist eben ein Fehler, welcher zeigt, daß die Freunde der nationalen Wirtschaftspolitik ihr Ziel nicht fest genug im Auge halten, sondern sich durch die Beredsamkeit und die Tactik ihrer Gegner zum Verlassen ihres Standpunktes verleiten lassen.

Die kirchenpolitischen Verhandlungen in Verbindung mit den Erörterungen über die Fragen der Schule und des Verhältnisses zwischen Kirche, Staat und Schule waren auch diesmal wieder sehr lebhaft und haben dargethan, daß neben dem Interesse der materiellen Wohlfahrt des Volkes auch dasjenige für seine geistige Entwicklung ein sehr reges ist. Auf diesen Gebieten stehen die Gegensätze nicht minder schroff einander gegenüber wie in wirtschaftlichen Dingen. Ja, man kann sagen, daß die Ansichten hier noch weniger geklärt sind und daß die Stellung der Parteien in diesen Fragen der Regierung keine Unterlage zu einer praktischen, gesunden, brauchbaren Politik gewährt. Aus dem Für und Wider der Verhandlungen über Kirchen- und Schulfragen hat sich als fester Punkt allein die Richtschnur ergeben, welche die Regierung in Abwägung aller einander widerstreitenden Interessen in ihrer Kirchen- und Schulpolitik verfolgt. Es ist dies die Einhaltung der rechten Mitte unter Vermeidung aller Extreme, welche sich aus dem fort-

währenden Kampf der sich gegenüberstehenden und doch auf einander angewiesenen Interessen ergibt. Die Befolgung einer solchen praktischen Politik wird auch für die nächste Zukunft das einzige Mittel sein, um die Entwicklung Preußens auf diesen Gebieten zum Wohle des Vaterlandes zu immer vollkommeneren Zielen zu führen.

Alle diese Erörterungen haben aber auf die Gestaltung des Etats nur wenig oder gar keinen Einfluß ausgeübt. Derselbe ist mit wenig erheblichen Aenderungen nach den Vorschlägen der Regierung genehmigt worden. Ob so umfassende Erörterungen nöthig waren, um zu diesem Ziele zu gelangen, wollen wir auf sich beruhen lassen.

## Die Sicherung der Heimstätten.

I.

Die Theilbarkeit, Uebertragbarkeit und Bewegung der Grundstücke in Verbindung mit den darauf ruhenden Lasten und den der Landwirtschaft im Allgemeinen im Vergleich zu Handel und Gewerbe ungünstigen Credit- und Wirtschaftsverhältnissen hat allmählich den ländlichen Grundbesitz in eine Lage gebracht, die von den Grundbesitzern und namentlich den Bauern als eine sehr drückende empfunden wird und deren Aenderung und Erleichterung auch vom Staate in politischem, wie wirtschaftlichem und socialen Interesse als eine hervorragende Aufgabe mehr und mehr anerkannt wird.

Es handelt sich hierbei namentlich darum, der wachsenden Verschuldung des Grundbesitzes und den sich hieraus für den Schuldner ergebenden schlimmen socialen und wirtschaftlichen Folgen Einhalt zu thun, ferner der Zerstückelung des Grundbesitzes, die sich aus Verkauf, Zwangsverkauf oder Erbtheilung ergibt und leicht zu unfruchtbarer, verderblicher Zwerghirtschaft oder andererseits zur Latifundienbildung und zur Güterschlächtereier führen kann, vorzubeugen. In beiden Beziehungen handelt es sich um Einschränkung der Gefahren, welche aus dem Mißbrauch der Mobilisirung (Bewegung) der Grundstücke wie aus der Verfügungsfreiheit über dieselben entstehen können. Die Mobilisirung wie die Verfügungsfreiheit sind eine für die landwirtschaftliche Cultur sehr segensreiche Errungenschaft der beiden ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts gewesen; aber sie sind mit Gefahren verbunden, welche insbesondere die Erhaltung eines lebenskräftigen Bauernstandes, dieser wirtschaftlichen Grundsäule unseres Staates, erschweren und in Frage stellen.

Von den landwirtschaftlichen Versammlungen und Congressen der letzten Jahre ist insbesondere zur Bekämpfung der Folgen der Verschuldung eine Reform des landwirtschaftlichen Creditwesens gefordert worden. In dieser Richtung hat die Gesetzgebung noch wichtige Aufgaben zu erfüllen. Auch ist die Verwandlung der Kapitalschulden in Rentenschulden befürwortet worden — ein Vorschlag, dessen Realisirbarkeit indessen aus den verschiedensten Gründen bezweifelt werden muß. Weiter ist einer Reform des Erbrechts und der Einführung der Erbpacht das Wort geredet worden: die Gesetzgebung ist dieser Forderung insoweit nachgekommen, als sie den Versuch gemacht hat, durch Einführung von Höferollen (in Hannover und Westfalen, die Einführung einer gleichen Einrichtung für die Provinz Brandenburg ist Gegenstand der gegenwärtigen Landtagsverhandlungen) das Unerbenrecht zur Geltung zu bringen und somit die Zerstückelung des Grundbesitzes durch Erbtheilung zu verhindern. Ferner ist eine Aenderung des Verfahrens der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen empfohlen, durch welches die Uebertragbarkeit und Bewegung des Grundbesitzes zu Gunsten der Besitzer von beweglichem Kapital erschwert